

Einladung

zur

8. Sitzung am Dienstag, dem 20. Januar 2026, 10.00 Uhr*

in Erfurt, Landtag, Funktionsgebäude, Raum F 101

Tagesordnung:

I. Nichtöffentlicher Teil

**Die Tagesordnungspunkte 1 und 2
werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt**

II. Öffentlicher Teil

3. **Antrag der Mitglieder der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD im Untersuchungsausschuss 8/1 auf Beweiserhebung durch Zeugenvernehmung gemäß § 13 UAG**
- Vorlage UA 8/1 - 30
dazu: Vorlage UA 8/1 - 92

hier: Beweisaufnahme gemäß anliegender Liste

4. **Antrag der Mitglieder der Fraktion der AfD im Untersuchungsausschuss 8/1 auf Beweiserhebung Sachverständigenvernehmung gemäß § 13 UAG**
- Vorlage UA 8/1 - 48

hier: Beweisaufnahme gemäß anliegender Liste

Güngör
Vorsitzende

* Der Beginn der Beweisaufnahme im öffentlichen Teil der Sitzung ist ab 10.30 Uhr vorgesehen.

Geladene Auskunftspersonen für die 8. Sitzung des Untersuchungsausschusses 8/1
am 20. Januar 2026

Prof. Dr. Hendrik Streeck

10:30 Uhr

Vorlage	Untersuchungsgegenstand/Beweistatsachen (ggf. zusammengefasst)
Vorlage UA 8/1 - 30	Buchstabe B. Ziffern I., II., III., IV., V., VII., VIII. und IX. des Einsetzungsbeschlusses / Beweiserhebung insbesondere zur Klärung von Fragestellungen im Zusammenhang mit den medizinischen und virologischen Grundlagen der Infektionskrankheit COVID-19, dem Krankheitsverlauf und der Infektiosität in verschiedenen Krankheitsphasen, mit der Immunantwort nach Infektion oder Impfung sowie deren zeitlichen Verlauf, mit der Identifikation von Risikogruppen und der Rolle von Virusvarianten sowie mit Testverfahren und Quarantäne- und Isolationsregeln

Prof. Dr. Gerd Antes

13:30 Uhr

Vorlage	Untersuchungsgegenstand/Beweistatsachen (ggf. zusammengefasst)
Vorlage UA 8/1 - 48	Buchstabe A. Ziffer III. sowie Buchstabe B. Ziffer I. Nummer 4, Ziffer II. Nummer 2, Ziffer IV. und Ziffer V. Nummer 7 bis 10 des Einsetzungsbeschlusses / Klärung der Fragen, ob die strategischen Ziele der Coronamaßnahmenpolitik der Landesregierung angemessen waren, welche negativen Auswirkungen die Coronamaßnahmenpolitik und die Impfkampagne der Landesregierung hatten und ob die Landesregierung vermeidbare Fehler im Umgang mit COVID-19 machte